

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher: Amt. C. 1309 Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Die Nahrungsmittelversorgung in Gefahr.

Das furchtbare Völkerringen im Osten und Westen Europas nimmt je länger um so grausamere Formen an. Die Gegner Deutschlands beginnen allmählich einzubrechen, daß die Niederringung desselben auf den Schlachtfeldern kaum noch für sie zu erhoffen ist, und so verbinden sie es mit dem Vernichtungskampf um jeden Preis auf dem wirtschaftlichen Gebiet.

Ein Blick auf die Karte Europas zeigt, wie groß die Gefahr darin werden kann. Deutschland und mit ihm sein Bundesgenosse in diesem Weltkriege sind als europäische Zentralstaaten schon geographisch zu einem erheblichen Teile von ihren Feinden umringelt und damit fast von der Außenwelt abgeschlossen. War schon dadurch der Verkehr über die Landesgrenzen hinaus auf einige wenige neutrale Staaten beschränkt, so geht jetzt der Plan Englands und seiner Verbündeten darauf hinaus, die Nahrung zu einer vollständigen zu machen. Was auf blutiger Wälschlacht nicht gelang, das soll durch brutale Maßnahmen gegen die Lebensbedingungen, gegen die Frauen und Kinder der deutschen Soldaten erreicht werden. Die Ausshungerung Deutschlands ist das Ziel! Mit allen Mitteln wird die Abisolierung zu Lande und zur See durchgeführt. Nicht bloß absolute (Kriegsmaterial), sondern auch relative (Nahrungsmittel usw.) Monopole fällt -- unter Wahrung aller internationalen Vereinbarungen des Völker- und Seerechts -- der Blockade anheim, wobei selbst die Handelschiffe und Flaggen der neutralen Staaten nicht geschont werden.

So steht denn das deutsche Volk auch in einem ungeheuren wirtschaftlichen Kampfe. Auf finanziellen Gebiete wird es hader nicht unterliegen, obwohl die Kriegskosten täglich 10 Millionen Mark verschlingen; Oesterreich-Ungarn muß 20 Millionen Mark pro Tag anwenden. Große Edwierigkeiten waren und sind jedoch in Gewerbe und Industrie zu überwinden. Mit Ausbruch des Krieges fiel sofort die Einfuhr von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigwaren (nach der Reichsstatistik im Jahre 1913 für annähernd 7 1/2 Milliarden Mark) vollständig weg; ebenso wurde jede Ausfuhr und damit das Absatzgebiet im Auslande unterbunden. Als Folge trat denn auch die massenhafte Stilllegung der Betriebe und damit eine erschreckende Zunahme der Arbeitslosigkeit in die Erscheinung. Erst die umfangreichen Aufträge an Militärausrüstung und Kriegsmaterial führten nach und nach ein Wiederaufleben der Industrie herbei. Allerdings liegt die Befürchtung sehr nahe, daß bei eingetretener Deckung des Seeresbedarfes der Rückschlag nicht ausbleiben wird, der viele Tausende wieder in das Elend der Arbeitslosigkeit zurückstößt.

Die sorgendwertere Frage ist jedoch gegenwärtig die Nahrungsmittelversorgung des deutschen Volkes. Zu seiner Ernährung reichen die im Inlande erzeugten Produkte nicht entfernt aus; es bedarf dazu einer umfangreichen

Ergänzung aus dem Auslande. In wie hohem Maße Deutschland von anderen Ländern abhängig ist, beweist die statistische Tatsache, daß die Einfuhr im Jahre 1913 sich an Nahrungsmitteln (Getreide, Erdmahlz, Eier, Obst, Stäcke, Kakao) auf 2700 Millionen und an Tieren auf 200 Millionen, also zusammen auf 3000 Millionen Mark bezifferte. Zu einer genaueren Beurteilung des Soll und Haben in der Volksernährung ist jedoch die Einbeziehung der tierischen Ernährung und des Saatgutes nötig, die als Ergänzung zum Gesamtkomplex gehören. Prüft man unter diesem Gesichtspunkt die Zahlen im statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches für 1912/13, so ergibt sich, daß eine sehr bedeutende Einfuhr zum Ausgleich gehört. Für die hauptsächlichsten Produkte stellt sich im Durchschnitt der genannten beiden Jahre das Bild wie folgt:

	Verbrauch pro Kopf kg	Bestand insgesamt t	Einfuhr netto t	Ausfuhr netto t	Ein. bezo. Ausfuhr Wertwert Mt.
Waggen . . .	145,0	9 680 000	—	580 000	90 Millionen
Weizen . . .	94,0	6 240 000	2 010 000	—	330 "
Gerste . . .	93,0	6 230 000	8 230 000	—	390 "
Hafers . . .	119,0	7 960 000	—	150 000	83 "
Starkoffeln . . .	656,0	48 720 000	50 000	—	7 "
Zucker . . .	19,0	1 280 000	—	1 110 000	260 "
Kaffee . . .	2,4	160 000	170 000	—	219 "
Weis . . .	3,6	240 000	290 000	—	60 "

Von den zahlreichen Hilfsstoffen, welche neben diesen Hauptartikeln für die menschliche und tierische Ernährung notwendig sind, seien hier einige wichtige in ihren Einfuhrwerten angeführt:

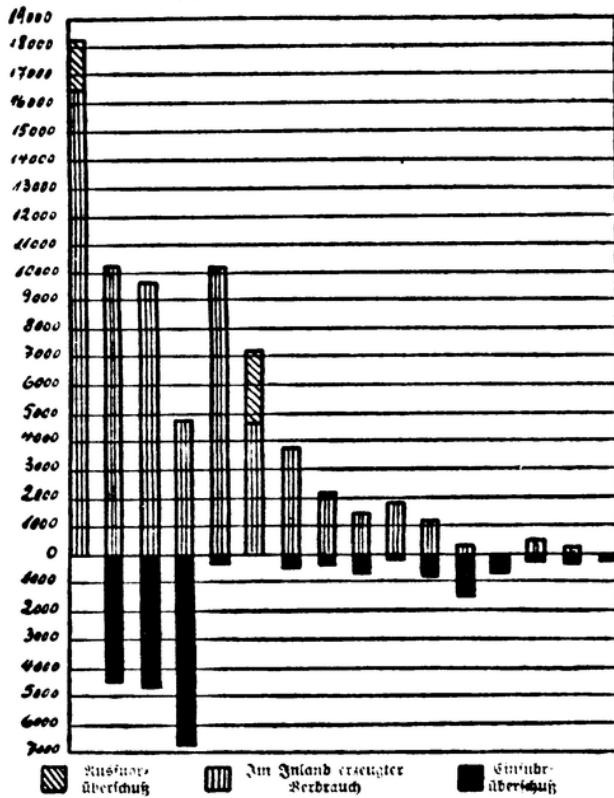
Nahrungsstoffe:	Eier	für 100 Millionen Mt.
Schmalz und Fette	150	" "
Milchbutter, Butterfett	120	" "
Fische	60	" "
Federweid	60	" "
Alte und Weisabfälle	150	" "
Deisfaden	120	" "
Palmerne	100	" "
Wais	100	" "

Dazu kommt noch die Einfuhr eines der wichtigsten Düngemittel, des Chilisalpeters, im Betrage von 170 Millionen Mark, die nicht außer Betracht bleiben kann, da die im Lande selbst erzeugten Nahrungsmittel nur durch eine rationelle Landwirtschaft in möglichst großen Mengen zu erzielen sind. Es fehlen demnach Mengenquantitäten an Nahrung-, Futter- und Hilfsstoffen, denen gegenüber der in der Ausfuhr zum Ausdruck kommende Ueberreichtum von Roggen, Hafer und Zucker, selbst wenn er jetzt noch vorhanden wäre, unerheblich ist.

Konkret anschaulich hat das Manko im Soll und Haben des jährlichen Nahrungsverbrauchs der Direktor des Schöue-

Berger Statistischen Anstalt, Dr. Kuczyński, auf einer Tafel dargestellt, die auf Grund der Nährwerteinheiten (Kalorien) — der chemische Begriff für die drei Nährstoffe Eiweiß, Fett und Kohlehydrate — leicht verständlich die inländische Erzeugung und die Ausfuhr (die strommen über der Linie 0) und die benötigte Einfuhr (unter 0) zeigt. In der nachstehenden Wiedergabe ist der Ausfuhr-Überschuß schräg schraffiert und der Einfuhr-Überschuß schwarz angelegt. Der letztere ist

(Milliarden Kalorien)



jetzt völlig auszuscheiden; alle dafür in Betracht kommenden Produkte fehlen in der deutschen Volksernährung.

Noch ein Umstand dürfte dazu beitragen, die Schwierigkeiten zu verschärfen, nämlich der, daß die Ernte des Jahres 1911 allem Anschein nach gegenüber der von 1913 ungünstiger ausgefallen ist. Die oben angeführten Bestandsziffern ständen demnach noch nicht einmal zur Verfügung.

Aus alledem folgt mit absoluter Deutlichkeit, daß die deutsche Landwirtschaft nicht — wie von ihren Vertretern stets behauptet worden ist — das deutsche Volk selbständig zu ernähren vermag. Sie ist vielmehr in hohem Maße vom Auslande abhängig und ihre Leistungsfähigkeit läßt sich erheblich auf die Einfuhr von menschenbilden Nahrungsmitteln.

Ein Blick gegenüber dem Wilde des Manas an vegetabilischen Nahrungsmitteln könnte der vorhandene sehr hohe Reichtum and sein. Dieser bezieht sich zurzeit auf 20,9 Millionen Stück Rinder, 27,6 Millionen Schweine und 5,5 Millionen Schafe, und es gibt Volkswirtschaftler, welche über diese „nationale Zuckerrübe“ jubilieren. Gewiß, der Gedanke wäre nicht übel, die fehlenden pflanzlichen Nahrungsmittel durch Fleisch zu ersetzen. Die Rechnung hat aber ein Loch; denn gerade das Fehlen jener bedingt, daß die Viehzucht unter allen Umständen eingeschränkt werden muß. Das Vieh ist zum gefährlichsten Konkurrenten des Menschen in der Ernährung

geworden. Nach Professor Schring sind infolge des Futtermangels bereits Millionen von Tonnen an Brotgetreide, bald die Hälfte der gesamten Getreideproduktion und $\frac{1}{4}$ aller Magermilch in die Viehställe gewandert. Und an jedem Tage verlingt das Vieh weitere Mengenquantitäten von Nahrungsmitteln, deren der Mensch dringend bedarf. Dieser Tragikomödie in der deutschen Volkswirtschaft soll nun durch Massen-schlachtungen ein Ende gemacht werden. Das wird zwar notwendig sein; die Gesundheit des Volkes hat trotzdem kaum damit zu rechnen, daß seine Ernährung mit diesem Mittel eine Sicherung erfährt.

Der Kardinalfehler in den immer mehr hervortretenden schweren Mängeln der Nahrungsmittelversorgung ist in der völlig fehlenden Organisation zu suchen. Obwohl Deutschland bereits 7 Monate von jeder Einfuhr abgeschnitten ist und trotzdem die Ernteergebnisse ungünstiger sind, wurde ohne Rücksicht auf die Interessen der Volksmassen planlos weiter gewirtschaftet. Die wirtschaftliche Mobilmachung hat allzulange im umgekehrten Verhältnis zur militärischen gestanden.

Sozialpolitik des Berliner Magistrats 1901—1915.

Seit Jahren bestand bei einzelnen Betriebsverwaltungen und auch bei dem Berliner Magistrat die Absicht, die Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen an die unter ein Jahr leidenden Arbeiter aufzuheben oder wenigstens erheblich einzuschränken. Diese Absicht bestand und ist ausgerechnet jetzt auch durchgeführt worden.

Der Betriebsleiter der hiesigen Straßenbahn fand hierzu die erwünschte Gelegenheit. Derselbe verlangte vom Kriegsbeginn ab von jedem Arbeiter und Handwerker der Werkstatt die Anerkennung eines Abverges. In demselben wurde bestimmt:

„Die Lohnzahlung erfolgt nach den hierfür festgesetzten Sätzen ohne Anspruch auf Lohnfortzahlung bei Krankheit.“

Damit wurde die Magistratsverwaltung vom 17. September 1902 außer Kraft gesetzt. Dieselbe bestimmt: „In Fällen unverschuldeter Krankheit ist der Lohn stets nur nach Abzug des Krankengeldes und in der Regel nicht länger als vier Wochen zu gewähren.“ Eine hiergegen bei der Betriebsdeputation und beim Magistrat eingelegte Beschwerde wurde am 8. Dezember u. J. von ersterer beantwortet. In der Antwort wurde die Handlungsweise des Betriebsleiters mit der Behauptung entschuldigt, daß erstens die Arbeiter bisher simulieren und zweitens anzunehmen wäre, daß die in den Kriegsmonaten eingestellten Hilfskräfte zum größten Teil das auch tun werden. Man schrieb: „Nimmt man an, daß wir für 50 Leute (das war die Zahl aller bis dahin ausgeschiedenen Leute) vier Wochen lang den Tag 2 ML. Krankengeldzuschuß hätten zahlen müssen, so hätten wir rund 3000 ML. Unkosten gehabt.“ So falsch die Annahme zu 2, ist auch die Behauptung zu 1. „Man“ sagt wohl, wieviel Leute insgesamt angefordert haben, aber nicht, wieviel Leute krank gewesen sind und Krankengeldzuschuß hätten erhalten müssen. Bei Angabe dieser Ziffer wäre wahrscheinlich festzustellen, daß die aufgemachte Rechnung eine falsche war.

Die Behauptung, daß die Arbeiter zu einem erheblichen Teil Simulanten seien, wurde wie folgt „begründet und bewiesen“. „Man“ schrieb:

„Mit Rücksicht auf die Erfahrungen, die in früheren Jahren (also 1912/13) im Betriebe gesammelt wurden, hat sich herausgestellt, daß sich ständig eine größere Anzahl der eingestellten Leute nach kurzer Zeit (oftmals nach einem Tage) krank meldete und dadurch vier Wochen lang in den Genuss des vollen Gehalts gelangte.“

Die amtlichen Ziffern der Betriebskostenkasse der Stadt Berlin beweisen, daß die Behauptung der Betriebsleitung eine wenig haltbare ist. Die Zahlen ergeben folgendes Bild:

Neueingestellte im Jahr:	Zu den Meldungen nach dem 1. April:	Zu den Meldungen nach dem 1. April:	Zu den Meldungen nach dem 1. April:
Für die städtische Straßenbahn:			
1912	208	8	194
1913	343	9	202
Für alle städtischen Betriebe:			
1911	12511	216	4580
1912	13988	288	6254
1913	12204	183	3353

Diese Ziffern beweisen das Gegenteil von dem, was die Verwaltung der städtischen Straßenbahnen behauptet hat.

Es kam noch in Betracht, daß mit dem verlangten Mevers die für die Straßenbahn bestehende Arbeitsordnung (siehe Kapitel VI, Abs. 5) außer Kraft gesetzt wurde. Die in Frage kommende Bestimmung lautet wie der Gemeindebeschuß ganz einwandfrei: „In Fällen unverschuldeter Krankheit ist der Lohn nach Abzug des Krankengeldes und in der Regel nicht länger als vier Wochen zu gewähren.“ Die Abänderung dieser Bestimmung der Arbeitsordnung (durch den Mevers) hätte nach den Magistratsbeschlüssen betreffend die Errichtung der Arbeiterausschüsse erst dem zuständigen Arbeiterausschuß zur Äußerung vorgelegt werden müssen. Vorausgesetzt, die Verwaltungsjuristen des Magistrats haben nicht schon eine andere Auslegung dieser Bestimmungen entdeckt. Das ist beides noch nicht geschehen. Dem Magistrat wurde nun in einer Beschwerde die Angelegenheit unter Anführung der vorerwähnten Gesichtspunkte unterbreitet. Einen Erfolg zeitigte die Beschwerde. Die Redereien über die Simulanten an groß unter den Arbeitern verkommen. Neben den Hinweisen auf die Nichtbeachtung der erst geschaffenen Rechtsgarantien im Reglement für die Arbeiterausschüsse, gegen einseitige, willkürliche Abänderungen der Arbeitsordnung und damit durchgeführten Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse sprang man glatt hinweg. Die Beachtung der gegebenen Rechtsgarantien durch die Verwaltungen durchzusetzen, dazu hat man im Magistrat anscheinend keine Zeit.

Der Magistrat entdeckte plötzlich, daß die Betriebsleitung und die Verkehrsdeputation sich ganz unnötig mit einer Begründung für die Ablehnung unserer Beschwerde gequält haben. Die Verkehrsverwaltung hat es gar nicht gewußt, daß sie den Krankengeldzuschuß an unter ein Jahr beschäftigte Arbeiter gar nicht zu zahlen gehalten ist. Der Magistrat schreibt:

„Die Bestimmung in Nr. 2 der Magistratsverfügung vom 17. September 1902 hat nie den Verwaltungen die Lohnfortzahlung vorschreiben sollen, vielmehr umgekehrt die etwa von den Verwaltungen gewährte Lohnfortzahlung auf höchstens 4 Wochen einschränken wollen. Dies ergibt sich aus dem Wortlaut: „nur nach Abzug des Krankengeldes“ und „nicht länger als 4 Wochen“. Das Verfahren der Betriebsleitung widerspricht also nicht unseren Bestimmungen.“

Diese theoretisch-juristische Erwägung und Entschöpfung des Magistrats stellt die 13 Jahre lang geübte Praxis und seine früher in Einklang mit der Stadtverordnetenversammlung geübte Anschauung auf den Kopf. Das hätte der Herr Betriebsleiter der Straßenbahn ablesen sollen, daß den Verwaltungen nie vorgeschrieben worden ist, etwa Krankengeldzuschuß an noch nicht ein Jahr tätige Arbeiter zu zahlen.

Somit wird aber die Magistratsverfügung vom 17. September 1902 in ihr Gegenteil interpretiert. Das kommt wahrscheinlich daher, daß der Wunsch, endlich den Krankengeldzuschuß einzuführen, der Vater des Gedankens ist, nach jedem nur mit einem Schein von Juristenrecht umhüllten Vorwand zu greifen, um zum Ziele zu gelangen. Gätten die maßgebenden Mitglieder des Magistrats nur einen Wink in die stenographischen Protokolle der Stadtverordnetenversammlung aus den Jahren 1901 und 1902 getan, wir glauben, der Entscheid hätte anders gelautet. Dieses zu trauen haben wir auch heute noch zu dem Berliner Magistrat. Das, was nämlich am 27. Oktober 1901 der Magistrat beschloß, soll heute wieder seine frühere Art und Weise feiern. Damals wurde bestimmt, daß die Rechtswirkung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs aus den Arbeitsordnungen (soweit solche damals bestanden) auszuschalten ist. Als Currenrat wurde bestimmt, daß in Krankheitsfällen bis zu 4 Wochen Lohnzuschuß gezahlt werden konnte. Damit war den Verwaltungen „nicht vorgeschrieben, etwa den Zuschuß auch zu zahlen“.

Siegegen wurde von unserer Organisation dank der tatkräftigen und sehr energischen Unterstützung der sozialdemokratischen Stadtverordnetentraktion erfolgreich angeklämpft. Es wurde nicht erreicht, daß die Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat empfahl, den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzuerkennen. Alle bürgerlichen Stadtverordneten waren aber darin einig, daß wie der Stadtverordnete Dr. Witow erklärte, „in Krankheitsfällen nach Abzug der Krankentagegelder der Lohn auf 4 Wochen gezahlt werden soll“. Dazu kam dann die von dem Stadtverordnetenausschuß empfohlene und auch angenommene Erweiterung, daß den ein Jahr beschäftigten Arbeitern der Lohnzuschuß mindestens für 6 Wochen zu gewähren ist.

Dieser Rechtszustand gegenüber der vorher herrschenden Willkür war den bürgerlichen Stadtverordneten Fortschritt genug, um

alle weitergehenden Anträge der sozialdemokratischen Fraktion abzulehnen. Der bürgerliche Stadtverordnete Sachs II erklärte noch, daß die bürgerlichen Elemente einig sind, diesen Fortschritt als ausreichend anzusehen.

Der Magistrat hat diesen Wünschen gegenüber keine Bedenken geäußert. Er hat die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung sich **wortwörtlich** zu eigen gemacht und bis zum Jahre 1915 auch im Sinne dieser Beschlüsse gehandelt. Soll das ausgerechnet jetzt geändert und verschlechtert werden?

Unsere Organisation äußerte vor 13 Jahren den Wunsch, daß durch den Erlass einer allgemein gültigen Arbeitsordnung die Arbeitsverhältnisse endlich rechtlich festgelegt werden. Zukunfts von Gemeinden, auch in nächster Nähe der vielgerühmten Stadt der Intelligenz und des Rechts, haben die angeblichen Schwierigkeiten überwinden können. In Berlin haben die Verwaltungsjuristen freilich, wie Sigura zeigt, etwas anderes zu tun. In einem Punkt ist das Arbeitsrecht einheitlich gestaltet, und zwar in bezug auf die Arbeiterausschüsse. Jedoch stehen die in dem Reglement gegebenen Rechtsgarantien gegen Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse durch Abänderung allgemeiner Bestimmungen des Dienstvertrags oder der Arbeitsordnung vorerst noch auf dem Papier. Die einzelnen Verwaltungen kümmern sich kaum darum, wahrscheinlich weil auch der Magistrat sich derselben kaum erinnert.

Es scheint manchmal, als ob der Geist des verstorbenen Stadtverordneten Wallach noch im roten Hause (dem Rathaus) umgeht. Im März 1901 wünschte der sozialdemokratische Stadtverordnete Seimann bei der Beratung der Subgeld- und Melitenverförmung für die städtischen Arbeiter, daß die Arbeiter genau so zu behandeln sind wie die Beamten. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Singer erklärte im Laufe der Debatte, er hätte gehofft, daß mehr herauskommen würde. Diese Äußerungen waren für den Stadtverordneten Wallach Veranlassung, zu erklären: „Das ist der sozialistische Staat!“ In dem die von diesem Stadtverordneten befürchtete Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Beamten, die samstags in den sozialistischen Staat führen soll, nach Anschauung des Magistrats wirklich schon erreicht? Wir sind leider auf allen Gebieten und auch auf dem der Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen noch sehr weit entfernt davon.

Der Beamte verbleibt in Krankheitsfällen im Genuß seiner Besoldung. Für den noch nicht ein Jahr beschäftigten Arbeiter ist angeblich nicht einmal vorgeschrieben, ihm etwa den Krankengeldzuschuß bis zu 4 Wochen zu gewähren.

Wir hoffen, unseren aus dem Felde heimkehrenden Kollegen nicht sagen zu müssen, daß sich inzwischen ihre Arbeitsverhältnisse verschlechtert haben. Das wäre ein schlechter Dank vom Hause Sabsburg.

Wochenbericht vom Krieg

Berlin, den 1. März 1915.

Dem glänzenden Siege in Masuren ist nun eine Zeit stillen erditterten Ringens gefolgt, das besonders in den Karpaten sich noch zur größten Schlacht dieses Krieges auszuwickeln kann. Dabei ist es kaum zweifelhaft, wozu der Sieg neigt. Ob die österreichische Heeresleitung zu Anfang der Berichtswöchek bekannt, daß seit Ende Januar 40 000 gefangene Russen in ihre Hände fielen, so weist die neue Woche auch wieder zirka 9000 Gefangene bei den Österreichern, 18 000 in Polen und 750 Franzosen vom westlichen Kriegsschauplatz auf. Diese dauernde Schwächung kann unmöglich ohne Einfluß auf den weiteren Gang der Schlacht im Osten bleiben. — Wie unsere Heeresleitung jetzt (gegenüber entstellenden Behauptungen der feindlichen Presse) besonnen gibt, hat uns der große Sieg in Masuren kaum den 6. Teil von 100 000 gelöst (also zirka 16 000), wozu die größere Hälfte infolge der „Gewaltmärtische fufkrank wurde“ und bald wieder hergestellt sein wird. Das hat auch nach der ganzen Art des Kampfes die größere Wahrscheinlichkeit für sich, wie denn überhaupt der sorglose „Artilleriesieger“ verzeichnende französische amtliche Bericht nachgerade der Lächerlichkeit verfallt und von niemand mehr ernst genommen werden kann. — Der Unterseebootskrieg hat in den 12 Tagen (seit 18. Februar) den Engländern bereits über 20 Schiffe gelöst. Wer dann noch von „Bluff“ redet, dem ist nicht zu helfen. Da in der deutsch amtlichen Note an Amerika ausdrücklich erklärt wurde, daß wir bereit seien, davon Abstand zu nehmen, sobald England die Lebensmittelzufuhr für die Zivilbevölkerung Deutschlands gestatte, ist in Holland, Amerika und anderen neutralen Staaten die Stimmung gegen England

im Wachen, was schließlich kein Wunder ist. Nach dem Kriege werden die Anzuehungshoffnungen Englands und Frankreichs, um uns vom Militarismus zu befreien, von der Weltgeschichte gewiß gebührend ins Licht gerückt werden; vorerst „hoffen“ selbst „Barbaren“. — Inzwischen wird freilich die Situation für die „Verbündeten“ immer ungemütlicher. Ausland will Konstantinopel haben. England Frankreich möchten wohl dem zuvorkommen durch eine Eroberung der Dardanellen und Konstantinopels, um vielleicht eine „Internationalisierung“ durchzusetzen, die den Interessen dieser beiden Mächte mehr entspricht. Italien möchte auch gern seinen Anteil an der Beute (die noch nicht gemacht ist) und so erleben wir denn gegenwärtig im schönen Land Italia einen förmlichen Bürgerkrieg um den Krieg! Während bei uns, wie auch in allen kriegsführenden Staaten bis Kriegsausbruch die Volksmassen (ja die gesamte Bevölkerung mit Ausnahme der paar Kriegsheber) instig gegen den Krieg waren, wächelt in Italien jetzt eine Kriegsströmung heran, die so ziemlich im umgekehrten Verhältnis steht zu dem, was man als vernünftig bezeichnet. Wir hoffen, daß die italienischen Sozialisten, nachdem sie zu Beginn des Krieges eine sonderbare Rolle gespielt, jetzt wenigstens auf der Hut sind und das wieder gut zu machen suchen, was sie seinerzeit mit angerichtet haben. — Die Japanforderungen an China werden als „unannehmbar“ bezeichnet. Einseitigkeiten werden aber wohl weittragende Verhältnisse hingezogen werden, zumal Japan von England noch die Mission zugewiesen erhielt, die „lokalen“ Aufstände in Indien niederzuräumen. — Unser Vorstoß in den Vogesen hat augenscheinlich wirkliche Erfolge aufzuweisen — im Gegensatz zu den papiernen, über die der französische Generalstab aus dieser Gegend jede Woche berichtet.

Nachstehend die wichtigsten Einzelvorgänge: **21. Februar.** In den Vogesen haben wir die Eise Dohrod und Stokweier besetzt. — In Südostgalizien (südlich des Dnjeister) verloren die Russen 2000 Gefangene, 4 Geschütze. — Oesterreichischer Generalstab gibt bekannt, daß die Russen seit Ende Januar in den Karpathen insgesamt: 40 800 Mann und 64 Offiziere als Gefangene, 34 Maschinengewehre und 9 Geschütze verloren. — **22. Februar.** Nach Neutermeldungen versenkte der deutsche Hilfskreuzer „Arconprinz Wilhelm“ die englischen Dampfer „Highlandbrae“, „Potaxo“, „Demisphere“, „Semantha“ und das Segelschiff „Wilfrid“. In der Irischen See versenkte ein deutsches Unterseeboot einen englischen Kohlendampfer. — Calais wurde durch Luftschiffe bombardiert, dabei einige Häuser zerstört. — Russische Angriffe nordwestlich Grodno (Russische Zeitung östlich Lipreuzen) und an der Rawka (Polen, südlich der Weichsel) brechen zusammen. — In den Karpathen machten die Oesterreicher 550 Gefangene. — Südlich des Dnjeister mehrere Ortshäuser und befestigte Höhenstellungen erobert. 350 Gefangene. — **23. Februar.** Bei Vertbes (Champagne) für uns siegreiche Infanteriekämpfe. — In den Vogesen deutsche Angriffe auf Sulzern und Ampfersbad. 500 französische Gefangene. — In den Karpathen wiederum 500 Russen gefangen. — **24. Februar.** In Nordpolen befestigte Stadt Praszynsk im Sturm genommen. 10 000 Gefangene, 20 Geschütze, große Zahl Maschinengewehre. — In anderen Gefechten nördlich der Weichsel 5000 gefangene Russen. — Bei Wolimow (zwischen Lowitz und Warschau) erobern die Russen weiß russische Hebermacht das Vorwerk Rogiln. — In Westgalizien bracht österreichischer Angriff bei Grybow 500 Gefangene und sechs Maschinengewehre. — **25. Februar.** Bei Erstürmung einer Höhe machten die Oesterreicher in Südostgalizien 1240 Gefangene. — **26. Februar.** In der Skroda (südlich Johannisburg) 1100 gefangene Russen. — In den Karpathen weiter das 9. finnische Schützenregiment 600 Tote und Verwundete, 730 Gefangene. — **27. Februar.** Südlich Malancourt bei Verdun mehrere feindliche Stellungen erürrt. 250 Gefangene, vier Maschinengewehre. — In den Vogesen sind die Franzosen aus ihren Stellungen bei Plamont-Bionville in einer Linie von 20 Kilometer und einer Tiefe von 6 Kilometer geworfen! — Russische Ausfälle aus Grodno wurden mit Gegenangriffen beantwortet, der Feind in die Vorstellungen der Stellung zurück geworfen, 1500 Gefangene. — Ueberlegene feindliche Kräfte vertrieben deutsche Truppen nördlich und westlich von Praszynsk auszuweichen. — Seit mehreren Tagen werden die Dardanellen: Forts von englischen und französischen Kriegsschiffen (bis jetzt erfolglos) beschossen.

Kriegsbriefe

♦ Kriegsbriefe ♦

Im Jarenischloß. Sollege Schneider-Kranzsch a. M. schreibt aus dem Schützengraben vom 18. Februar: V. Nr. 21. Seit längerer Zeit liege ich hier etwas fest, das heißt, ich verlaße pünktlich um 3 Uhr mein Quartier, ein dem „Berrichter aller Reußen“ gehörendes Jagdschloß, um den nach allzu bekannten Weg nach dem Schützengraben anzutreten. Die Sonne blickt lächelnd auf uns herab, einige vorlaute Sängler der Vogelwelt lassen ungerührte Töne erschallen und unsere Brust durchzieht, als wir durch die schönen Wälder schreiten, ein leises Seufzen. Mag es die Hoffnung sein auf den kommenden Frühling oder ein baldiger Friedensschluß? Ich vermag dem Gesichte keine Deutung zu geben. Küstja mußten wir zu zweien mit dem „Affen“ auf dem Auel und der „Manone“ auf der Schulter ausbrechen, um pünktlich abzuhauen. Ab und zu lasse ich meine Augen wandern; eine kleine Anhöhe, vor dem Feinde noch geschützt, gewährt einen herrlichen Mundblick. Im Rücken dunkler, fast schwarzer Wald und vor uns, von den Strahlen der untergehenden Sonne goldig beschienen, ein Bild des Jammers und der Verwüstung. Eine Stätte trübseligen Glanzes. In Friedenszeiten ein herrliches Panorama und jetzt ein Trümmerhaufen. Ich verweile einige Augenblicke und lasse die reine, durch keine üblen Fabrikdämpfe geschwangerte Luft auf mich einwirken. Tief in die Brust ziehe ich die Luft ein und betrachte dabei wehmütig das vor mir liegende zerichossene Dorf. Die Ebene verlassend und sich durch ein schönes Tal wägend, nimmt die jetzt 80 Meter breite R. ihren Lauf. Am linken Ufer, zur Höhe lauft ansteigend, liegt das bereits vorher erwähnte zerichossene Dorf. Fast kein Stein ist mehr auf dem andern. Nur einige kleine Schornsteine bezeugen die ehemalige Wohnstätte. Nach dem, was übrig geblieben ist, scheint in dem Dorf eine gewisse Wohlhabenheit geherrscht zu haben. Eben auf der linken Anhöhe des Dorfes steht eine Kapelle, die auch deutliche Spuren verheerender Schüsse aufweist. Zur Rechten weit ausgebreitetes Weideland, das im Hintergrund von großen Wäldern umrahmt ist. Eine Herde Wildschweine, ungefähr 6 Stück, passieren die Wiesen und setzen unbedenklich des Gewehrfeuers ihren Weg fort. Es juckt mir in den Fingern, mein Jagdglied zu versuchen, aber leider hindert mich das strenge Verbot daran. Noch einmal Umschau gehalten, und eiligen Schrittes wird die von unieren maderen Pionieren geschlagene Molonnenbrücke, die über den Fluß führt, passiert. An dem Abhang des Berges, vor feindlichen Schützen gedeckt, zieht sich dicht am Rande hin der gleichfalls von uns angelegte Weg nach den Schützengräben. Ich setze nun das kleine Fäddchen hinauf und bleibe vor Ueberraschung einen Augenblick stehen. Ein überaus prächtiger Anblick bietet sich dem Auge dar. In nächster Nähe des Schützengrabens lagen ein paar unserer Mameraden, auch einige Russen dabei, in kühler Erde gebettet, friedvoll nebeneinander. Der obere Teil der Gräber war durch die Unbill der Witterung in Unordnung geraten und einige Landsturmkräfte hatten die Gräber wieder neu hergerichtet. Waren auch die Mittel zur Errichtung der Einriedung sehr primitiver Art, so konnte man doch daraus ersehen, daß liebende Hände fleißig gewaltet hatten. Im Schützengraben eine gewohnte Stätte. — In meiner Bekanung, der „Telephonzelle“, führen 6 Stufen in das Erdinnere hinab. Ich trete nach Entfernung des Niegels durch die Tür in den Raum, der mir 48 Stunden Unterkunft gewahren soll. Gleich zur Linken ein Raum mit zwei Gezellen, genannt Betten, für die Offiziere. Etwas weiter an der Wand hängend ein — Spiegel, hohleklaffen, und daneben das Telephon mit seinen vielen kleinen Drähten. Zur rechten Hand die „Wohnfläche“, bestehend aus einem ehemaligen Keller, der einen halben Meter höher liegt, und die eigentliche Stube. An Gerätschaften sind vorhanden: 2 Stühle, 1 Rohrstuhl, 1 Regulator, antackend, für den Telephonisten ein Tisch zum Schreiben, 1 Waschbecken und 2 Töpfe zum Kochen. Als Unterkau für den Herd ein Weckel von einer Nähmaschine, einem Zinger, und darauf eine eiserne Platte mit zwei Löchern. Das eine dient zur Aufnahme der Feuerung, natürlich Holz, und das andere zum Kochen. Für das Feuerrohr mühte nachträglich eine Leinwand geschaffen werden, denn sonst war es vor Rauch nicht zum Aushalten. Zur Beleuchtung des „Salons“ werden Stearinkerzen verwendet. Die Decke besteht aus dreimal übereinander gezogenen Stämmen und einen halben Meter Erde. Diese Sicherung ist notwendig, um ungetroffene Gäste, wie Genschtupeln, Granaten usw. vor Beschädigung zu erhalten. — V. Nr. 2! Aus der wunderlichen Einrichtung kommt Ta ersehen, daß es an nichts fehlt. Es ist nun einmal der Stolz der Deutschen, sein Heim zu verfeinern. . . . Nun und die „18“ run; die Maßigkeit ist groß. Die Russen haben „Grube“ gefandt, die unsere Artillerie mit Erfolg erwiderte. Eine feindliche Patrouille in Stärke von 4 Mann hat bei einem „Nachgang“ in unsere Hände. Nach Aussage dieser Gefangenen haben die Russen täglich 20 bis 25 Verwundete. Ein Zeichen, daß unsere Landsturmmänner auch auf der Hut sind und vor allen Dingen schützen können. Dabei haben sich die Russen eingegraben wie die Maulwürfe, denn darin sind sie Meister. Wenn auch mein „Körper“ durch kleine Tierchen veredelt wird, so bin ich trotzdem noch gesund und munter. Große Lutz und alle Verbandskollegen bestens!

• Aus den Gemeinden •

Berlin. Der Streit um die Zukunft der Berliner Elektrizitätswerke, der seit mehr als einem Jahre in der Reichshauptstadt be-
steht (wir haben darüber in Nr. 7 und 10 der „Gewerkschaft“ Jahrgang 1914 berichtet), nähert sich seinem Ende. Die sozialdemokratische Forderung der Verstaatlichung hat im Magistrat gefestigt gegen die Bildung eines gemischt wirtschaftlichen Unternehmens, das von den Dintermännern der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und dem „Berliner Tageblatt“ verlangt wurde. Von Einfluss für den nunmehrigen Beschluß des Magistrats war der Umstand, daß die Hauptaktionäre bei Bitterfeld, von wo aus die A. E. G. durch ein Konzernverbot der Stadt Berlin Konkurrenz bei Verstaatlichung der Berliner Elektrizitätswerke machen wollte, für andere Zwecke be-
zogen sind. Die agrarisch-konserverbawer „Deutsche Tageszeitung“, deren Urteil dem unseren somit immer entgegensteht, sagt dazu sehr richtig: „Dieier weitgehende Beschluß des Magistrats ist von der Partei mit Dank und Anerkennung zu begrüßen. Bedeutet er doch zum ersten ein Freiwerden der Stadt aus der großkapitalisti-
schen Einklammerung der Elektrizitätswerke, zum anderen die Vorbedingung für ein entzweigtes Gemeindefortwachsen größtes Stiles und zugleich für eine Entlastung der Haushalten. Die Stadter-
gebnisse werden, wenn sie gut beraten sind, dem Beschluß sicher-
lich beistimmen.“ — Auch in anderer Beziehung ist dieser Beschluß zu begrüßen. Durch die Kriegsmassnahmen werden die Gemeinden finanziell schwer betroffen. Steuererhöhungen sind die allgemeine
Notwendigkeit. Der städtische Steuerfiskus Berlins kann daher die großen Heberbeiträge der Berliner Elektrizitätswerke sehr gut gebrauchen.

Dresden. Der Haushaltsplan der Stadtgemeinde für das Jahr 1915 ist jetzt vom Rat genehmigt worden und unterliegt nun der Beratung durch die Stadtverordneten. Neben dem Haushaltsplan der politischen Gemeinde, der in Einnahmen und Ausgaben mit 77.276.568 Mk. ausgeglichen ist, beinhalten noch die Haushaltspläne der Schulgemeinde, der Grundbesitzer- und Hypothekengemeinde und der der Stiftungen. Alle zusammen gerechnet ergeben in Einnahme und Ausgabe 92.162.598 Mk. Im Anhang des Rates sind in ausführlicher Darstellung die Schmelzleistungen gezeichnet, die bei der Aufstellung des diesjährigen Haushaltsplanes zu überwinden waren und die so recht zeigen, welchen großen Eindruck der Krieg auf den Haushaltsplan großer Städte ausübt. Gegenüber dem Haushaltsplan von 1914 ergab sich diesmal bei den sogenannten Heberbeiträgen ein Wenigerüberschuß von 1.000.225 Mk., bei den sogenannten Zuschußpositionen jedoch ein Mehrüberschuß von 1.075.775 Mk., insgesamt also ein Reibetrag von 2.166.000 Mk. Sollte man diesen Reibetrag aus den laufenden Einnahmen decken, so wäre eine ganz erhebliche Erhöhung der städtischen Steuern — bei der städtischen Einkommensteuer z. B. von 20 Proz. — notwendig gewesen. Dieser Weg erschien aber dem Finanzamt in jünger Zeit nicht gangbar — er hätte nämlich auch eine stärkere Heranziehung des Grundbesitzes zur Folge gehabt. Es wurde also davon abgesehen und zu außerordentlichen Maßnahmen gezwungen. Es soll bei diesem Haushaltsplan davon Abstand genommen werden, außerordentliche Ausgaben zu machen, dadurch soll die Spannung im Haushaltsplan von 930.000 Mk. vermindert werden. Aus den Heberbeiträgen früherer Jahre ist ein sogenannter Ausgleichsfonds geschaffen worden. Davon haben gegenwärtig 1.200.000 Mk. zur Verfügung. Damit könnte ja der noch verbleibende Reibetrag von 1.266.000 Mk. fast gedeckt werden. Das will man aber nicht tun, da damit zu rechnen sei, daß trotz aller Bekämpfung bei der Ungewißheit über die Dauer des Krieges die Auf-
stellung des Haushaltsplanes nur auf unsicherer Schatzungsgrunde-
lage beruhe. Auch sei zu befürchten, daß die Heberbeiträge der industriellen Betriebe infolge des Krieges geringer sein werden. So ist bei den Gaswerken ein Wenigerüberschuß von 290.503 Mk., bei den Elektrizitätswerken von 309.029 Mk., beim Kanal und der Feuerungsanstalt von 12.514 Mk. angenommen worden. Die direkten und indirekten Steuern werden ebenfalls wesentlich weniger ergeben. Nicht alle dem sollen dem Ausgleichsfonds nur 700.000 Mk. entnommen werden. Trotz vieler und erheblicher Abstriche kommt man jedoch um eine Erhöhung der Steuern nicht herum. Wo bei zu beachten ist, daß die durch den Krieg unmittelbar veranlaßten Ausgaben für Kriegsmassnahmen nach wie vor außerhalb des Etats gedeckt werden sollen. Weiter betraf die städtische Einkommensteuer 76 Proz. des Staatseinkommensteuerebisses, sie soll um 4 Proz., also auf 80 Proz., erhöht werden. Da der Sonderhaushaltsplan der Schulgemeinde ebenfalls einen Reibetrag von 142.700 Mk. aufweist, so ist auch eine Erhöhung der Schullei-
stimmsteuer notwendig. Die Schulleistungssteuer betrug bis-
her 52 Proz. des Staatseinkommensteuerebisses, sie wird um ein Prozent auf 53 Proz. erhöht. Im Jahre 1915 betragen die Steuern also insgesamt 133 Proz. des Staatseinkommensteuerebisses. Das ist die weitgehende Lebensmittelerhöhung, Steuererhöhung, und wenn es nur 5 Proz. sind, drängen die Arbeiterklasse zu noch größerer Einkürzung, wenn nicht die Stadt die Löhne allgemein erhöht, was sie bei einzelnen Gruppen bereits getan hat. Die für alle ersehnte, ersehnte Wohnung zur Sparsamkeit erbringt sich also, soweit die städtischen Arbeiter in Frage kommen.

• Aus den Stadtparlamenten •

Frankfurt a. M. Der Magistrat erachtet es für selbstver-
ständlich, daß im Krieg invalide gewordene städtische Angestellte nach Maßgabe der ihnen verbliebenen Kräfte bei der Stadtverwaltung weiter beschäftigt werden. — Wir auch!

Wörlitz. Bisher wurde auf die städtische Arbeitslosenunter-
stützung etwaiger Retenverdienst sowie die Gewerkschaftsunter-
stützung voll angerechnet. In der letzten Sitzung wurde diese An-
gerechnung besetzt. Ein Antrag unserer Genossen wurde ange-
nommen, wonach in Zukunft Zuwendungen von anderer Seite wie
auch die Gewerkschaftsunterstützung bis zur Höhe von wöchentlich
1 Mk. nicht mehr angerechnet werden. In derselben Sitzung wurde
auch beschlossen, mit Rücksicht auf die ernte Zeit von einer General-
debatte über den Haushaltsplan abzusehen, etwaige Wünsche jedoch
bei den einzelnen Kapiteln anzubringen. Wenn wir auch diesen
Beschlüssen zustimmen, für unsere Kollegen in der bevorstehenden,
dem in der Generaldebatte hat sich unseren Genossen im Stadtparlament
immer die beste und wirksamste Gelegenheit, die Verhältnisse der
städtischen Arbeiter zu besprechen.

Kriegs-Teuerungszulage.

Neustadt. Im April 1914 hat die Filiale eine Eingabe wegen
einer Lohnerhöhung an den Stadtrat eingereicht. Der Stadtrat
hat auch eine Lohnerhöhung von 20 Pf. täglich ab 1. Juli 1914 be-
willigt, jedoch sind diejenigen Arbeiter, die eine Invalidenrente be-
ziehen, unberücksichtigt geblieben. Auf eine erneute Eingabe vom
10. Dezember v. J., in der für diese Arbeiter eine Teuerungszu-
lage von 60 Pf. verlangt wurde, hat der Stadtrat am 11. Fe-
bruar d. J. beschlossen, den Arbeitern, die bei der Lohnerhöhung im
vorigen Jahre leer ausgegangen sind, eine einmalige Teuerungszu-
lage von 50 Pf. zu gewähren, welche in zwei Raten zu je 25 Pf.
ausgezahlt ist.

• Aus unserer Bewegung •

Bamberg. Unsere Filiale hielt am Sonntag, den 21. Februar,
eine Feierversammlung zur Feier ihres zehnjährigen Bestehens ab,
nachdem der Krieg eine größere Feier verhindert hat. Der Ar-
beitergelenkverein „Sängerrunde Arion“ leitete die Feier mit dem
schön vorgetragenen Chor „Tord Holsen“ ein, während die Fest-
rede Kollege Ehret, Nürnberg hielt. Wir entnehmen derselben
folgendes: Der Grundstein der Filiale wurde am 28. Februar 1905
durch den damals für ganz Süddeutschland angestellten Gauleiter
Altvater, Stuttgart gelegt. Am 1. April desselben Jahres
waren schon 77 Mitglieder vorhanden, die am Ende des Jahres auf
97 angewachsen waren. Zu dieser Zeit setzte aber die Zerplitterungs-
arbeit ein, wodurch die Mitgliederzahl auf 57 im Jahre 1906 sank,
die sich dann bis Ende 1909 auf 65 hielt und 1910 auf 83 stieg.
Dente sind es mit Einschluß der Kriegsteilnehmer 110 Mitglieder.
Ein beträchtlicher Teil der Gründer gehört heute noch dem Verband
an. Auch die Massenverhältnisse haben sich gut entwickelt. Die Ge-
samteinnahmen betragen seit Bestehen 17.101 Mk., denen eine Aus-
gabe von 16.152 Mk. und ein Massenbestand von 948 Mk. gegenüber-
steht. An Unterstützungen wurden insgesamt 4810 Mk. bezahlt.
Schöne Erfolge sind auf dem Gebiete der Lohnbewegung zu ver-
zeichnen. Schon im Gründungsahre wurde die erste Eingabe an
die städtischen Kollegen gemacht, mit denen seither immer in
Anbührung geblieben wurde. Die erste Eingabe brachte eine Lohn-
erhöhung von durchschnittlich 1,60—1,80 Mk. pro Arbeiter und
Woche, als Gesamtergebnis aller Eingaben seit Bestehen der Filiale
ist eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne von 1,20 Mk. pro Ar-
beiter und Tag zu verzeichnen, gewiß ein Erfolg, der die Not-
wendigkeit der Organisation schlagend beweist. Aber auch sonst sind
Erfolge zu verzeichnen. Auf Drängen der Arbeiter bekamen die
größten Werke Arbeitsordnungen, nach einigen Jahren Dienst-
zeit erhalten die Arbeiter Ferien, eine Arbeiter-Verfürungsstelle
wurde gegründet, zu der allerdings die Arbeiter noch Beiträge zu
leisten haben, was in ganz Deutschland nur noch in 7 Städten der
Fall ist. Wenn auch alles das noch nicht ausreicht, die berechtigten
Forderungen der Berufscollegen zu erfüllen, so waren diese Fort-
schritte doch nur durch die Organisation zu erreichen. Daß die Ver-
treter der Arbeiterklasse auf dem Markte viel im Interesse der
Gemeindefürer getan haben, wurde mit Dank anerkannt. Wenn
die Kollegen weiter neu zur Sache stehen, werden weitere Erfolge
nicht ausbleiben. Möge Gott es wollen Dankwerte an alle Mit-
wirkenden und an die, die sich um den Verband Verdienste erworben
haben, aus. Gauleiter Altvater, Stuttgart hatte ein Glück-
wunschtelegramm geschickt. Es war eine einfache, aber würdige
Feier, die die Verwaltung veranlaßte, von der wir wünschen, daß
sie dazu beitragen möge, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Ge-
meindearbeiter weiter zu stärken, damit sie weitere Fortschritte zu
erzielen vermögen. „Rückwärts immer — vorwärts immer“, muß
auch ferner die Parole sein.

Hamburg. In der Jahresversammlung am 17. Februar 1915 wurde der Tätigkeitsbericht für 1914 erfaßt und die üblichen Rechnungen vorgelegt. Im Vorstand wurden Schönberg und Able als Vorsitzende, Briel als Protokollführer, Weisel als Kassierer und Baier, Saevel, Graef, Koch und Lindmüller (Altona) als Beisitzer gewählt. Revisoren wurden Herrmann, Schulz, Pander und Uno, und Kontrollreue Zander, Frehn, Anders und Th. Krone. Der Vorstand übertrug die Sorge von vielen im Kriegsdienst stehenden Kollegen. Die Versammlung gab dem Wünsche Ausschuß, daß alle Kollegen recht bald vergnügt wiederkehren mögen und sie erbat sich durch die „Gewerkschaft“ ein warm empfundenes „Gut Willkommen!“ — Alsdann wurden Lohn- und Arbeitsangelegenheiten aus den hamburgischen Staatsbetrieben zur Sprache gebracht. Zunächst die Unterentlohnung der Straßengeräteungsarbeiten. Den an den Tischen in den Verkehrsanstalten beschäftigten Anstaltsarbeitern wurde der Lohn um 20 Pf. täglich von der jetzt leistungsfähigen Woche an erhöht, sie bekommen aber nach dem Volutarif für Straßengeräte auch jetzt noch 30 Pf. täglich zu wenig, und ebenso wird den am Tage beschäftigten Straßengerätearbeitern 20 Pf. und den nachts beschäftigten Straßengerätearbeitern 40 Pf. täglich zu wenig gezahlt. Hierüber wird allen auch das Stiefelgeld verteilt. 1905 wurde das Stiefelgeld eingeführt und jetzt, 10 Jahre später wird es den Arbeitern genommen, und zwar der Arbeiter, die auch zu wenig an realem Lohn bekommen. Die mittigen Anstaltsarbeiter, der Mehrzahl nach bei der Munizipalität beschäftigt gewesen, sind nun schon seit August 1914 im Dienst der Straßengeräte. Es wird nun neu eingetretene Arbeiter nach dreimonatiger Beschäftigung erstmalig das Stiefelgeld im Betrage von 6 Mk. (die vierteljährliche Rate) gewährt. Den seit August beschäftigten Arbeitern föhndet die Verbandsgewerkschaft nun schon zwei Raten, also 12 Mk. Die schon länger beschäftigten Straßengerätearbeiter haben viel höhere Löhne, nämlich als Tagelöhner 31 Mk., als Nachtarbeiter 32 Mk., und die vielen Anstaltsarbeiter beziehen noch höhere Löhne, unter ihnen die Vorarbeiter eines Hochjahre-Lohn von 2100 Mk. Und alle diese Arbeiter beziehen das Stiefelgeld, nur den Arbeitern im Lohne von 2400 Mk. wöchentlich 60 Pf. sind aber durch eine Hebersteuer verdient, diesen unterentlohnenden Arbeitern wird das Stiefelgeld nicht zuteil. Ein Verbandsmitglied, das letztes bei Johanniskirche im Osten mitgestimmt und hier für eine außerordentlich nützliche und ersparnische Leistung vor dem Feinde das eiserne Kreuz 1. Klasse bekommen hat, schreibt: „Ich habe den Artikel über die Lohnverhältnisse der Straßengeräte gelesen und bin empört, was dort in Hamburg die Verbandsgewerkschaft ihren Arbeitern wieder mal bietet. Und für Leute, die ihre Arbeiter so behandeln, muß man hier wochenlang stündlich sein Leben einsehen. Unser hamburgisches Vaterland hat sehr freibaterliche Eigenschaften.“ — Weitere Klagen wurden ferner darüber geführt, daß die Verbandsgewerkschaft im Januar d. J. den demütigsten Arbeitern den Lohn um 3 Mk. wöchentlich gekürzt hat. Dies ist eine alle „Hebung“ der Verbandsgewerkschaft und in keinem anderen Betriebe des hamburgischen Staates bekannt. Die sie trotz der jetzt herrschenden Teuerung nicht unterlassen konnte. Selbst jetzt im Kriegsjahr kann die Verbandsgewerkschaft keinen Frieden mit ihren Arbeitern halten. Denn diese Maßregel, den älteren Arbeitern den Lohn zu kürzen, ist stets von jüngeren Arbeitern mit Erbitterung angesehen worden. Sehr unglücklich war Steinbecker T. der Wochenlohn um 3 Mk. und sechs Krommradenarbeitern wurde ihr Wochenlohn von 30 auf 27 Mk. gekürzt, alle Arbeiter und Handwerker werden zu sehr niedrigen Löhnen eingestellt, den Höchstlohn einer Lohnklasse erreichen sie erst im zweiten Dienstjahr, bei Fortsetzung in eine andere Lohnklasse hier den Höchstlohn erreicht ein nach noch viel längerer Dienstzeit, und wenn dann der Höchstlohn erreicht ist, werden diese Arbeiter auch schon als „zu alt“ und dadurch zu „Minder“arbeitern angesehen, was dann die Lohnabzüge, zum erstenmal 3 Mk., zum zweitenmal wieder 3 Mk. und so alljährlich weiter, zur Folge hat. Eogar den Anlagenwählern, die 2,30 Mk. täglich als Lohn bekommen, ist vom August 1914 an der Zuschlag für ihren Sonntagsdienst entzogen worden. Dies waren nur 75 Pf., aber die Verbandsgewerkschaft hat sie ihnen weggenommen und wird sie nun wohl „höheren Orts“ verwenden. — Dieses Kapitel der Lohnverhältnisse bei der Verbandsgewerkschaft, nämlich ein niedriger Einstellungslohn, dann viele Jahre ununterbrochener „Minderarbeit“ Dienstzeit zur Erreichung des Höchstlohnes, und von da ab wieder in fast jeder Dienstzeit herunter zum Mindestlohn für „Minderarbeiter“, zulezt nur noch 2,30 Mk. täglich, ist ein klassisches Beispiel für das so oft gerühmte große Wohlwollen des hamburgischen Staates als Arbeitgeber. — Von den Staatsarbeitern wurde die Beschwerde vorgebracht, daß sie nun nach dem Entkommen: „Wie immer jem ruf, je immer jem wieder um!“ behandelt werden sollen. Ein feiner Plan zwischen „Landbesitzer“ und Gemeinbauern. Die Großbauern haben in den letzten Jahren das Geld kaufweise eingezahlt. Außerdem von Ausbruch des Krieges haben sie ihre Waren mit Höchstpreis bezahlt bekommen. Nun sollen auch die Staatsarbeiter noch für sie arbeiten. Es heißt der Gemein- und Betriebsbau in der Hamburgischen Marktländer soll gehoben werden. Wer wagt der Volksmaßnahme. Die Landbesitzer Staatsbetriebe vertreten, daß die Landbesitzer, hat sich für den Plan, Staatsarbeit für die Gemeinbauern zu leisten, erwärmen lassen

und sie hat — der „Bergedorfer Zeitung“ zufolge — bei der Verbandsgewerkschaft, Aktion für Strom- und Gasbau, angefragt, ob diese Behörde Arbeiter für die Feldarbeit der Gemeinbauern freistellen kann, was die Verbandsgewerkschaft bejaht haben soll und was sie dadurch zur Ausführung bringen will, daß sie ihre Arbeiter entläßt — und der Bürger wird dann schon das weitere an diesen Arbeitern und gegen sie und für die Gemeinbauern tun. Die Staatsarbeiter werden sich aber ihrer Haut wehren. Sie müssen es, weil sie sonst schließlich verhungern müßten. Die Staatsarbeiter sind der Mehrzahl nach Saisonarbeiter; denn im Winter sind sie arbeitslos. Daher haben sie auch als Staatsarbeiter meistens Hungerlöhne und verdienen dann annähernd 5 Mk. den Tag, in manchen Fällen auch noch mehr. Ohne diesen höheren Sommerverdienst würden sie im Winter nichts zu essen haben. Wenn die Gemeinbauern 5 Mk. Lohn den Tag nicht geben wollen, können die Staatsarbeiter mal für sie arbeiten, weil sie sonst im nächsten Winter, zumal wenn es ein harter Winter ist, nichts zu leben haben. Die Gemeinbauern werden aber auch nicht annähernd soviel Lohn geben wollen, und deshalb kann auch ein Staatsarbeiter nicht bei ihnen arbeiten. — Von mehreren Rednern wurde gewünscht, daß der Vorstand mehr Propaganda unter den Hilfsarbeitern betreibt. Der Lohn für diese Leute müsse unbedingt erhöht werden. Und der Krieg könne noch lange dauern. Die enorme Teuerung müsse wenigstens für die Tagelöhner einen Ausgleich in höheren Löhnen finden.

Stn. Die Generalversammlung vom 11. Februar nahm den Geschäfts- und Jahresbericht der Ortsverwaltung entgegen. Dem vom Kollegen D. erfaßten Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes: Nachdem das Jahr 1913 für die Kölner Aktion mit einem Mann für die Monate des Ausbruches der Frankfurter Aktion, fanden die ersten Monate des Kriegsjahres 1914 wieder im Zeichen des Kampfes. Dreimal galt es die Interessen der Arbeiter auszusprechen. Beide Wahlen seien für uns zufriedenstellend aus angesehen, der von unseren Gegnern betriebenen Kampfesreihe. Aus Gründen des „Vorgeschickens“ versagen wir uns, an dieser Stelle näher darauf einzugehen. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung fand bekanntlich durch einen Beschluß der Stadtverordneten im Sommer 1913, der allerdings den Arbeitern sehr wenig brachte, ihre erste weitläufige Erledigung. Wäre nicht der unglückliche Krieg ausgebrochen, so hätten die städtischen Arbeiter erneut ihre soziale Forderung, neun bzw. achtstündige Arbeitszeit, gestellt. Der Weltkrieg verhinderte auch die Erledigung der im Verbandsjahr unter anderem gestellten Anträge: eine Umänderung der Bestimmungen für die Arbeiterausbildung und der Bestimmungen betreffend die Alters- und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Arbeiter-Gesellen wir, daß die Stadtverwaltung jedoch auch in der jetzigen Zeit die versprochenen Erhebungen nicht ruhen läßt, damit nach einem hoffentlich baldigen Frieden unseren Anträgen entsprochen wird. Der für die Bühnenarbeiter der „Reinigen Stadttheater“ bis zum Herbst 1914 gültige Tarif wurde gleichfalls infolge der Kriegswirren nicht erneuert. Vorläufig wird nach dem alten Tarif weitergearbeitet. — Gleich zu Beginn des Krieges unterbreiteten wir der Stadtverwaltung den Antrag den Familien der einjährigen Mitglieder einen Lohnzuschuß in der Höhe zu gewähren, daß das gesamte Einkommen der Familien die Höhe des zuletzt bezogenen Lohnes des Arbeiters erreicht. Die Stadtverordneten gingen nicht so weit, die Höchstgrenze wurde vielmehr bei den Frauen ohne Kinder auf 50 Proz., bei denen mit Kindern auf 75 Proz. einschließlich der Kriegs- und Gemeindefriegensunterstützung festgesetzt. Einem im Oktober gestellten Antrage, den hinterlassenen Familien einen Kriegszuschuß zu gewähren, wurde leider nicht stattgegeben, während ein weiterer Antrag, den Lohnzuschuß auch den Eltern bzw. Geschwistern auszusprechen, deren einziger Ernährer der im Felde stehende Arbeiter ist, durch Stadtverordnetenbeschluss in unserem Sinne seine Erledigung fand. Die im Volutarif vorgesehene prozentuale Zuschläge für Heber- und Nachtarbeit und sonstigen Lohnzuschläge wurden in den ersten Kriegswochen nicht mehr gezahlt. Es bedurfte einer Einabe des Verbandes, die einen Teilerfolg zeitigte. Ganz werden auch jetzt noch nicht die Zuschläge gezahlt. — Am Schluß des 4. Quartals waren insgesamt 321 Mitglieder ordnungsgemäß als zum Heeresdienst eingezogen gemeldet. Ohne Zweifel ist die Zahl der Einberufenen erheblich höher, da eine Anzahl, hauptsächlich unverheiratete Kollegen, sich nicht abmelden. Leider hat ein nicht unerheblicher Teil der Organisation den Rücken gekehrt. Sie, die in dauerndem Dienst standen, hatten den traurigen Mut, zu derselben Zeit, wo Hunderttausende von Gewerkschaftlern die Grenzen des Vaterlandes, die heimliche Scholle mit ihrem Leben verteidigten, sich an verzweigen finanziellen Typen vorbeizubringen. — Kennenwerte Summen wurden zur Unterstützung der Familien unserer im Felde stehenden Kollegen durch den Verband ausgezahlt. Allein an Kriegszuschüsse zählte die Aktion Köln seit Beginn des Krieges 5115,20 Mark, obwohl eine statutarische Verpflichtung hierzu nicht bestand. Von einer Anzahl Kollegen wurde uns aus dem Felde für die Unterstützung der Äbrigen gedankt. Den Jahresbericht erfaßte Kollege G. Hoffmann. In den Vorstand wurden neu gewählt: Kollege Förlchen als Vorsitzender, H. Hoffmann als Kassierer und N. Weis als Beisitzer.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Die Gewerkschaften während der Kriegszeit. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ schreibt darüber u. a.: Zeitstellungen darüber, welchen Einfluß der Krieg auf die Gewerkschaften ausübt, wurden Anfang September und am 31. Oktober 1914 gemacht, eine weitere Erhebung bis zum 30. Januar hinausgeschoben. Das Ergebnis dieser in, wenn man berücksichtigt, daß infolge des Krieges eine vollständige Zahnlegung der Gewerkschaften zu erwarten stand, nicht ungünstig. Die Gewerkschaften hatten am Schluß des Jahres 1913 eine Mitgliederzahl von 2.519.236; die Anfang September 1914 infolge Einziehung der Mitglieder zum Kriegsdienst auf 1.745.168, am 31. Oktober auf 1.640.821 und am 30. Januar 1915 auf 1.508.306 sank. Zum Kriegsdienst waren nach den Berichten der Verbandsvorstände einbezogen:

Table with 2 columns: Date and Number of members. Anhang September 589.755 = 27,7 Proz. der Mitglieder; 31. Oktober 661.005 = 31,3; 30. Januar 1915 780.591 = 34,1

Die Zahl der zum Heere berufenen Mitglieder ist jedenfalls höher, als hier angegeben, denn die Vorstände der Zentralverbände berichten, daß nur die Mitglieder bezeichnet wurden, bei denen durch Abmeldung oder Entlassung des Mitgliedsbuches nachgewiesen ist, daß sie zum Kriegsdienst einberufen sind. Auch die zum Heere dienende als Reservisten eingezogenen Mitglieder, deren Zahl erklärlicherweise weit höher ist als in anderen Jahren, sind in den Zahlen größtenteils nicht enthalten. Daraus ergibt sich, daß die Mitgliederzahl am 30. Januar 1915 geringer ist, als sie nach Abzug der zum Kriegsdienst Einbezogenen nach dem Stande am Schluß des Jahres 1913 hätte sein müssen. Viele Verbände berichten aber nicht geringe Neuzutritte von Reservisten. Die Gesamtzahl der Arbeiter hielten vom 1. August 1914 bis 31. Januar 1915 2.511 Neueintritte zu verzeichnen. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich ebenfalls wiederum abgesehen wie auch prozentual in den Gewerkschaften vermindert. Es wurden Arbeitslose gezählt:

Table with 2 columns: Date and Number of unemployed. Anhang September 370.126 = 21,2 Proz. der Mitglieder; 31. Oktober 175.500 = 10,7; 30. Januar 1915 96.391 = 6,6

Auch die Zahl der bei verkürzter Arbeitszeit und mit gekürztem Lohn Beschäftigten hat sich seit Oktober 1914 etwas vermindert. Am 31. Oktober wurden 122.545, am 30. Januar 1915 dagegen 109.925 nicht vollbeschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen in den Gewerkschaften gezählt. Der größte Teil der Arbeiter ist in Unternehmen tätig, die Material für Kriegszwecke herstellen. Es ist eine Verschiebung von Arbeitskräften aus dem einen in den anderen Beruf erfolgt, die man vor einem Jahre kaum für möglich gehalten hätte. Wenn zum Beispiel in der Ausstattungsindustrie (Fabrikation von Tornistern, Patronenmaschinen und dergleichen) in normalen Zeiten justa 2000, in dieser Zeit aber mehr als 25.000 Arbeiter und Arbeiterinnen tätig sind, so erklärt es sich, daß auch in den Berufen, die durch den Krieg schwer betroffen wurden, eine Verringerung der Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Es zeigt uns aber auch, wie leicht der Berufswechsel durchgeführt werden kann, wie unrichtig die Behauptung ist, daß die sozialistische Regelung der Produktion an der Unmöglichkeit scheitert, die Arbeitskräfte nach Bedarf zu verteilen. Daß die Zahl der Arbeitslosen in den Gewerkschaften sich auch allgemein verringert, so ist sie in einzelnen Berufen doch noch außerordentlich hoch. In den Verbänden, die Anfang September 1914 fünfzig und mehr Prozent arbeitslose Mitglieder zählten, ist zwar auch eine Verringerung eingetreten, jedoch ist bei einzelnen der Prozentsatz der Arbeitslosen noch so groß, daß diese Organisationen den an sie gestellten Anforderungen kaum gerecht werden können. — Bei der Verteilung des Umsatzes der Arbeitslosigkeit muß berücksichtigt werden, daß in bestimmten Bezirken, in denen die Exportindustrie vorherrschend oder allein vorhanden ist, die Zahl der Beschäftigten ausbleibt ganz, enorm hoch ist. Die Durchschnittszahlen für das ganze Gebiet des Deutschen Reiches dürften deshalb nicht den Maßstab für die Notwendigkeit der öffentlichen rechtlichen Arbeitslosenfürsorge bilden. Die Gewerkschaften haben durch die Hilfe, die sie den Arbeitslosen boten, gezeigt, welche enorme volkswirtschaftliche Bedeutung sie haben. In den sechs Kriegsjahren haben sie 17.750.000 RM. an die Arbeitslosen und 61.800.000 RM. an die Familien der Kriegsdienstlichen gezahlt. Diese beiden Ziffern unseres Verbandes betragen 15.331 RM. und 365.086 RM. Die Gesamtsumme aller sechs Verbände für Unterhaltungen aller Art betrug vom 3. August bis 31. Januar 1915 2.210.000 RM. Im Jahre 1914 betrug die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung insgesamt 11.532.000 RM.

Wilhelm Zeisler †. Am 6. Februar starb in Hamburg der Vorsitzende des Deutschen Ausführenderverbandes, Wilhelm Zeisler, 53 Jahre alt. Zeisler entfaltete bis 1910 seine Tätigkeit für seine Organisation in Süddeutschland, besonders in Frankfurt a. M. Zehn Jahre war er Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Frankfurt a. M. 1910 wurde er zum Bundesvorsitzenden gewählt.

• Rundschau •

Finer und alle. Wie die ganze Natur, so erfüllt auch unser Menschenleben ein ewiger Kampf, ein Kampf um unsere Existenz, um unsere körperliche, geistige und seelische Entwicklung. Jedoch genügt der Kampf allein nicht. Wie in der übrigen Natur, so muß auch bei dem Menschen neben dem Kampf die gegenseitige Hilfe treten, der Zusammenbruch. Der einzelne erreicht mit seinem Kampfe nicht viel, erst der zielbetreffende Zusammenschluß ist es, der uns vorwärts bringt. Ueber das Wünschen und Wollen des einzelnen geht das Leben leicht hinweg; es kann aber nicht so leicht über den einzelnen hinweggehen, wenn hinter ihm eine Schar steht, die entschlossen zu ihm hält. Das alles haben so mancher erkannt, die sich unseren Meinen angeschlossen, aber einzelne haben den großen Wert dieses Zusammenschlusses nicht gefühlt, und darum haben sie uns jetzt verlassen, wo sich ihr nächster Verband des Krieges und „Bürgerfriedens“ wegen von unserer Bewegung augenblicklich keinen praktischen Erfolg verspricht. Das Herz sickte ihnen, das warm für uns schlug, das tiefe Empfinden, das ihnen den Zusammenschluß als sittliche Pflicht zeigt. Und darum gilt es für uns, an das Gefühl dieser unserer Brüder zu appellieren, sie innerlich aufzurütteln, sie fühlen zu lassen diesen Wert, der uns erfüllt. Welch nobles inneres Glück ist es, zu wissen, daß es weite Scharen gibt von Menschen, die fühlen und denken, wie wir, und wenn es net tut, auch gleich handeln. Solch ein Gefühl gibt uns in unserem Lebenskampfe innere Kraft; Stolz gegenüber dem wirtschaftlich Stärkeren und Selbstbewußtsein im Fördern unseres Rechts. Und in wie reichem Maße wird nicht durch diese Kampfgemeinschaft das lebendige Gefühl der Einheit mit dem Ganzen in uns wach gehalten und erzeugt: Liebe empfinden wir, wenn wir mit unseren Brüdern vereint sind. Auch der Nächsternste wird etwas mitfühlen können von diesem unserem Geiste und gar mancher wird erkennen sein über diese Tiefe des Glücksempfindens, die ihm der Zusammenschluß auch jetzt bietet, wenn wir ihn diese Tiefen nur einmal fühlen und ahnen lassen. Gerade in dieser Zeit der allgemeinen Erhebung wird man den großen geistigen und sittlichen Gehalt verstehen können, der in unseren Zielen und in unserem Streben steckt. Darum kein Murren und Schellen über jene Abtrünnigen, sondern frohen Mut, sie wieder zu gewinnen, indem wir nicht nur zu ihrem berechnenden Verstande sprechen, sondern auch zu ihrem Herzen und sittlichen Gefühl.

Kriegsarbeiten hinter der Front. Mit Wasamkeit verfolgt der „Ausfluß für Monumentenunterreihen“ die Gestaltung des Verbrauchs, seine Regelung und Preisbildung unter dem Einfluß des Krieges und der erlassenen Kriegsgesetze. An eine individuelle Behandlung der Fragen zu denken, hat der Ausfluß händig Fühlung mit volkswirtschaftlichen, hygienischen, wissenschaftlichen und praktischen Sachverständigen, mit den staatlichen und städtischen Behörden, mit den landwirtschaftlichen und gewerblichen Verbänden, er nimmt Rücksprache mit den Gewerbetreibenden, besucht ihre Betriebe. In einer großen Zahl von ausführlich bearbeiteten, eingehend ausgearbeiteten Eingaben an die Reichs- und Landesbehörden, an die Generalkommandos und an die Städte beteiligt sich der „Ausfluß“ tatend, mahnend, fordernd an der gemeinsamen Kriegswirtschaft. Sei es, daß er die Städte auf die Sammlung der zu Kriegszwecken verwertbaren Müdenabfälle durch die Schulen hinweist, sei es, daß er von vorbereiten bestimmte Forderungen hinsichtlich der Brotgetreideverbrauchsregelung stellt, wie sie jetzt eingeführt worden sind, gegen das Anlaufen durch die Hausaltungen, gegen Erhöhung der Höchstpreise, für Preisübernahme der Verbände unter dem Entschuldigungsrecht, für die Verbrauchsregelung auf Grund von Profittaten und durch Herstellung eines einheitlichen Kriegspreises. Sei es, daß der „Ausfluß“ die notwendige Müdenabfallabnahme befürwortet und dabei auf einen allmählichen geregelten Anstieg, auf Herabsetzung der Preise zur Verhinderung von Schlundpreisen und spekulativen Preissteigerungen hinweist, wobei die Verwertung des Reichs zu Danerwerte einmal durch die Landwirte selbst, andererseits durch die betreffenden Gewerke unter Verwaltung der Städte oder durch vermehrte Einrichtung von Geschäftsräumen zur Aufrechterhaltung städtischer Geschäftsbetriebes steht und vor einer einheitlichen Müdenverwertung etwa zu Monopolen oder durch die einzelnen händlichen Hausaltungen abwarnt wird. Sei es, daß der „Ausfluß“ denn wieder gegen die miltären Ernährungsverbände protestiert, welche durch Zurückhaltung der Kartoffeln der Produzenten und Sanktionen zur Erzielung von Höchstpreiserhöhungen herangezogen worden sind. Ebenso hat er den Gefahren vorzugen, welche unserer Milchversorgung drohen, und die Monopolenunterreihen

Dadurch zu schützen, daß er auf die Vernichtung der Wälder zu vermehrter Viehfütterung und auf Verlängerung der Arbeitszeiten für Ackerbau hinwirkt. Auch die Frage nach neuen bzw. nicht in Indien vorhandenen Nahrungsmitteln hat er mitzulösen, indem er den Konsum von Getreide zu leben hat bemüht. Andererseits bekräftigt er wieder die Bedeutung von Garten, die sich dadurch ergeben, daß der Staat das Getreide die zum Heeresdienst Eingezogenen und ihrer Angehörigen besonders hinsichtlich der Mietverhältnisse nicht gleichmäßig erfährt und auch auf die invalide gewordenen Arbeiter einleuchtet und auf die Familien Gefallener ausgedehnt werden muß. Mag auch vieles von dem, was der Kriegsausschuß bekräftigt, nicht so zur Wirklichkeit werden, wie er es wünscht, so gibt ihm doch die große tätige Mitarbeit an den großen Fragen der Gegenwart und die wachsame Beobachtung der sich mit jedem Tage verändernden Verhältnisse das Bewußtsein, zu seinem Teil sein Bestes zur Wahrung der Monumenteninteressen zu tun.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Januar. Der industrielle Arbeitsmarkt wies im Januar eine weitere Besserung der Verhältnisse auf. Die an das Reichs-Arbeitsblatt" Bericht erhaltenden Arbeitsnachweise teilten mit, daß gegenüber dem Vormonat eine Abnahme der Arbeitslosenziffer um 47.000 stattgefunden habe bei einer Zunahme der offenen Stellen um rund 62.000 und der besetzten Stellen um rund 29.000. Den Nachweisungen der Krankenkassen zufolge ist allerdings die Zahl der männlichen Beschäftigten zurückgegangen. Es sank die Zahl der versicherungspflichtigen männlichen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähigen von 4.319.192 am 1. Januar auf 4.277.658 am 1. Februar, während die der weiblichen Mitglieder von 2.775.220 auf 2.796.913 stieg. Dieser Rückgang der männlichen Mitglieder findet jedoch seine nobeligende Erklärung durch die inzwischen erfolgten weiteren Entlassungen. Auch die Berichte der Fachverbände lassen eine weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit erkennen. An der Statistik des Reichs-Arbeitsblattes" waren im letzten Monat 37 Gewerkschaften mit 124.211 unter die Versicherung fallenden Mitgliedern sowie die zum Heeresdienst Eingezogenen beteiligt. Davon wurden Ende Januar 79.481 als arbeitslos am Ort und 750 als auf der Reise befindlich gemeldet. Das entspricht einer Arbeitslosenziffer von 6,5 Proz. gegenüber einer solchen von 7,2 Proz. Ende Dezember und 8,2, 10,9, 15,7 und 22,4 Proz. in den vorhergehenden Kriegsmonaten. Ende Januar 1914 betrug die Arbeitslosenziffer 4,7 Proz. Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit war im letzten Monat nur 11 Gewerkschaften auf, darunter die Kohlen (3,2 Proz.) die Glaser, die über 18,7 Proz. Arbeitslose berichteten. In bezug auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit steht der Verband der Porzellanarbeiter an erster Stelle, bei dem der Unterschied zwischen den beiden letzten Zählungen 16,3 Proz. betrug. Die absolute höchste Ziffer hatten die Bildhauer mit 22,6, die niedrige die Schuhmacher und Lederarbeiter (S. Tischer Verband) mit 1,1 Proz. Von den großen Verbänden berichteten die Metallarbeiter über 3,0, die Eisenarbeiter über 1,9, die Fabrikarbeiter über 4,5, die Transportarbeiter über 3,9, die Holzarbeiter über 1,4 und die Textilarbeiter über 5,3 Proz. Arbeitslose. Wie in allen Monaten seit Beginn des Krieges überwiegt die weibliche Arbeitslosenziffer die männliche bedeutend; sie betrug 12,9 gegen 6,1 Proz. Im allgemeinen pflegt vom Januar ab die Arbeitslosigkeit zurückzugehen. Nachdem in diesem ganzen Winter im Gegensatz zu anderen Jahren die Bewegung überhaupt eine rückläufige war, ist wohl Grund vorhanden, auf eine weitere Besserung des Arbeitsmarktes in den nächsten Monaten zu hoffen.

Die Mütter.

Und alle gehen sie umher
mit diesem tiefverschlossenen Web im Blick,
als hätt' das Leben keine Öffnung mehr.
Der wilde Sturm zerbrach das bische Glück,
das ihres Talcains Inhalt war . . .
Aun sehen sie, eben Trostes bar,
und schauen ihren schweren Weg zurück.
Nur manchmal zuckt ein Strahl aus fernem Land,
und um die Sterne blüht ein leises Leuchten
da, wo der Mutterblick die Kinder fand.
Ihr habt die Zukunft noch, verzaget nicht!
Und ob sich jetzt auch eure Augen seuchten,
weil euch erkloß das liebste Angeht,
den Kindern dürst ihr alle Liebe geben:
der Vater starb nicht, dessen Kinder leben!
Clara Wohm-Zschuch.

Eingegangene Schriften und Bücher

Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg. Von Dr. Paul Vensch. Preis 1.- M., ungekürzte Vereinsausgabe 40 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., Berlin SW. 68. Der Inhalt der Broschüre zerfällt in folgende Kapitel: Imperialistische Politik der Großmächte in den letzten fünfzehn Jahren. — Die englische Welt Herrschaft und ihre Erschütterung durch den Krieg. — Der russische Bolschewismus. — Frankreich und der Krieg. — Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft. Die Arbeit des Genossen Vensch. die wichtigste Material zu den Parteiausseinanderetzungen bringt, ist in allen Ausbandlungen zu haben.

Vongas Kriegs Kalender mit Bildern unserer bedeutendsten Schlachtenmaler. Bei der Fülle der sich überlagernden Ereignisse, die sich zu Lande, zu Wasser und in den Lüften auf den weit auseinanderliegenden Kriegsschauplätzen abspielen, ist es selbst dem besten Gedächtnis kaum möglich, sich der Reihenfolge der schnell aufeinanderfolgenden Land- und Seeschlachten mit Bestimmtheit zu erinnern. In Vongas Kriegs Kalender mit Illustrationen (Deutsches Verlagshaus Vong u. Co., Berlin H. 57, 1. Heft, Preis 20 Pf.) wird ein Nachschlagewerk geboten, welches nicht nur alle Daten der wichtigsten Kriegereignisse, sondern auch alle amtlichen Bestimmungen, wie Anordnungen, Kriegserklärungen, Mobilisierungen usw. enthält. Von Vongas Kriegs Kalender erscheint monatlich ein Heft, in Taschenformat von 64 Seiten mit 8 Abbildungen nach Gemälden unserer bedeutendsten Schlachtenmaler.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|--|--|
| Wilh. Artl, Charlottenburg
Gasarbeiter
48 Jahre alt.
† 2. 2. 1915, 49 Jahre alt. | Karl Hurter, Karlsruhe
Gasarbeiter
† 2. 2. 1915, 49 Jahre alt. |
| Heinrich Brandt, Gütrow
Stadt-Fregelarbeiter
† 18. 2. 1915, 62 Jahre alt. | Anna Müller, München
Schulmädlerin
† 26. 2. 1915, 39 Jahre alt. |
| Johanna Frilsh, Breslau
am 21. Februar im Alter von 67 Jahren gestorben. | Josef Rapp, Ellingen
Arbeiter beim Stadtbauamt
† 14. 2. 1915, 59 Jahre alt. |
| Gallhaf. Fröhlich, Karlsruhe
peni. Straßenbauarbeiter
† 20. 2. 1915, 71 Jahre alt. | Hugo Schlichting, Hamburg
Mechaniker
† 21. 2. 1915, 28 Jahre alt. |
| F. Hofmann, Frankfurt a. M.
Monteur im Elektrizitätswerk
† 20. 2. 1915, 32 Jahre alt. | Berend Schulz, Bremen
Gasarbeiter
† 19. 2. 1915, 52 Jahre alt. |



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- | | |
|---|---|
| Wilhelm Arndt, Berlin
am 26. November im Alter von 34 Jahren gefallen. | Albert Klöpzig, Halle a. S.
am 10. Februar im Alter von 34 Jahren in Frankreich gefallen. |
| Paul Brammak, Guben
am 22. Januar, 27 Jahre alt, im Feldlazarett Canita gestorben. | Alfred Köhler, Henkölle
am 14. Dezember im Alter von 38 Jahren gefallen. |
| A. Dankesreiter, Gabelsee
am 12. Februar im Alter von 32 Jahren in Frankreich gefallen. | Friedrich Laug, Mannheim
am 24. Februar im Alter von 28 Jahren gefallen. |
| Diedrich Faber, Bremen
am 8. Januar im Alter von 31 Jahren bei Emsheim gef. | Kid. Morwes, Hannover
am 10. Februar im Alter von 30 Jahren im Westen gefallen. |
| Robert Frenzel, Dresden
am 8. Januar im Alter von 24 Jahren in Frankreich gefallen. | August Neumann, Breslau
am 21. Dezember im Alter von 36 Jahren gefallen. |
| Friedrich Hirth, Bonn
am 4. November im Lazarett in Frankreich an Lungenschwund gef. | H. Schirring, Frankfurt a. M.
am 20. Februar im Alter von 29 Jahren in Frankreich gefall. |
| Carl Friedrich Jahn, Dresden
am 17. Februar, 29 Jahre alt, bei Moronvilliers gefallen. | Heinrich Uhlter, Bremen
am 3. Februar, 25 Jahre alt, im Feldlazarett in Rußland gef. |

Ehre ihrem Andenken!